

Magistratsvorlage

Wissenschaftsstadt
Darmstadt



Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 25.02.2026	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung	Beteiligt vor Magistratsbeschlussfassung:
Dezernat I Amt: Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss Behandlung in Ja Nein öffentl. Sitzung ☒ ☐	☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Ja Nein Internetfähig ☒ ☐	Vorlage-Nr. 2026/0089 Magistratsbeschluss-Nr.
Produkt-Nr.: Kostenstelle: Kostenträger:		
Investitionsnummer: Sachkonto:		

Betreff: Beteiligung der Wissenschaftsstadt Darmstadt am Bundesprogramm "Demokratie leben! - Partnerschaft für Demokratie" (2026-2032)

Vorlage vom: 25.02.2026

Beschlussvorschlag:

1. Die Wissenschaftsstadt Darmstadt beteiligt sich an dem Bundesprogramm „Demokratie leben! – Partnerschaft für Demokratie“ für die Förderperiode 2026–2032.
2. Das Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt übernimmt als federführendes Amt die Koordinierung mit einer 0,5 VZÄ.
3. Der hierfür erforderliche kommunale Eigenanteil können der Kostenstelle 711-001-1003 entnommen werden.

Anlagen:

Datenschutzrelevante Anlage: ☐

Folgekosten:	☐ Ja	☐ Nein
---------------------	-----------------------------	-------------------------------

Zusätzlich für alle Vorlagen aus dem Bereich des Hochbaus anzugeben:

Klimarelevanz des Vorhabens:		
Auswirkungen auf Stadtklima:	☐ ja	☐ nein
Auswirkungen auf THG-Emissionen:	☐ gering ¹⁾	☐ mittel/groß ²⁾
Beteiligung Amt f. Klimaschutz & Klimaanpassung:	☐ ja	☐ nein
<i>Zusätzlich bei Beschlüssen zur Baufreigabe:</i>		
Wurden Optimierungspotentiale ausgeschöpft?	☐ ja	☐ nein
Falls nein, Kompensationsmaßnahmen festgelegt?	☐ ja	☐ nein

1) bis 10 Tonnen Kohlendioxid-Äquivalente (CO_{2e}) pro Jahr, 2) über 10 Tonnen CO_{2e} pro Jahr.

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 25.02.2026:

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt misst der Stärkung demokratischer Strukturen, der Förderung von Diversität sowie der aktiven Prävention extremistischer Entwicklungen eine hohe Bedeutung bei. Eine lebendige und engagierte Zivilgesellschaft ist zentrale Grundlage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in unserer Stadt.

Aktive Demokratieförderung wird sowohl auf städtischer Ebene durch die 2025 neu eingerichtete Stabsstelle „Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt“ als auch auf zivilgesellschaftlicher Ebene durch zahlreiche Initiativen und Vereine geleistet. Das Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt bündelt zentrale Aufgabenbereiche zur Stärkung demokratischer Teilhabe, zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts sowie zur Prävention extremistischer und demokratiefeindlicher Tendenzen. Die Mitarbeitenden arbeiten diskriminierungskritisch und befassen sich insbesondere mit den Themenfeldern Antisemitismus, Antiziganismus, Queerfeindlichkeit und Rassismus.

Die bestehenden kommunalen Maßnahmen bilden eine tragfähige Grundlage der Demokratieförderung in Darmstadt. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Herausforderungen ist jedoch eine strukturelle und inhaltliche Weiterentwicklung dieser Arbeit angezeigt. Hier setzt das Bundesprogramm „Demokratie leben! – Partnerschaft für Demokratie“ an.

Seit 2015 fördert das Bundesministerium für Bildung, Familie, Senioren, Frauen und Jugend Kommunen bei der Umsetzung lokaler Partnerschaften für Demokratie. Ziel ist die Stärkung demokratischer Teilhabe, die Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements sowie die Prävention von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Ein wesentlicher Bestandteil ist die enge Zusammenarbeit zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft sowie die Aktivierung junger Menschen für demokratisches Engagement.

Die Wissenschaftsstadt Darmstadt hat sich in den Förderperioden 2015–2020 und 2020–2025 erfolgreich beteiligt. In diesem Rahmen wurden zahlreiche Projekte zivilgesellschaftlicher Initiativen umgesetzt, insbesondere im Bildungsbereich. Dass der Antrag für die dritte Förderperiode im ersten Anlauf nicht berücksichtigt wurde, war ein herber Rückschlag. Der Oberbürgermeister hat daraufhin das Fachamt und das Revisionsamt um eine inhaltliche Qualitätsprüfung gebeten. Diese hat bestätigt, dass die inhaltliche Ausrichtung und die Qualität der einzelnen Projekte sehr gut waren, dass es aber insbesondere administrative Hürden bei der Bearbeitung der Verwendungsnachweise im ehemaligen Amt für Vielfalt gab, die nun akribisch aufgearbeitet wurden. Das Büro für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt hat im letzten Jahr mit Unterstützung der Finanzverwaltung alle Verwendungsnachweise in enger Absprache mit dem Fördermittelgeber und dem Revisionsamt abgearbeitet und fristgerecht eingereicht. Aus den prozessualen Fehlern wurde gelernt. Gleichzeitig hatte der Oberbürgermeister das Fachamt angewiesen, dass Interesse der Stadt als Nachrücker für das Programm zur Verfügung zu stehen, schriftlich beim Fördermittelgeber zu hinterlegen. Die Stadt erhält nun im Jahr 2026 vorbehaltlich einer positiven Entscheidung, die Chance als Nachrückerkommune zum Zuge zu kommen. Mit einer optimierten internen Verwaltung und der bewährten Qualität unserer Projekte im Bildungs- und Jugendbereich möchten wir den Anschluss an dieses wichtige Bundesprogramm wiederherstellen.

Eine erfolgreiche Bewerbung würde folgende Fördermittel ermöglichen:

Projektlaufzeit: 01.04.2026 – 31.12.2026

Gesamtförderzeitraum: 2026-2032

Festbetragsfinanzierung im Förderjahr 2026:

- Bundesmittel: 105.000 €
- Landesmittel: 9.000 €
- Kommunaler Eigenanteil: 2.666,67 €

Festbetragsfinanzierung ab 2027 (volle Haushaltsjahre)

- Bundesmittel: 140.000 € jährlich
- Landesmittel: 12.000 € jährlich
- Kommunaler Eigenanteil: 3.555,56 € jährlich

Die erforderliche kommunale Kofinanzierung wird aus den Mitteln des Büros für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt bereitgestellt.

Für die administrative Umsetzung als federführendes Amt stellt das Büro 0,5 VZÄ zur Verfügung. Eine weitere Stelle im Umfang von 0,5 VZÄ wird durch die Koordinierungs- und Fachstelle eingebracht. Die Koordinierungs- und Fachstelle wird neu besetzt; Gespräche mit potenziellen Trägern werden derzeit geführt.

Zentrales Steuerungsgremium der Partnerschaft für Demokratie ist ein Bündnis aus Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Es dient der strategischen Ausrichtung, der Vernetzung der beteiligten Akteurinnen und Akteure sowie der Entscheidung über die Förderung einzelner Projekte. Dadurch werden Transparenz bei der Mittelvergabe sowie eine kontinuierliche fachliche Begleitung gewährleistet. Seit der Neustrukturierung des Büros für Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt im Jahr 2025 sollen perspektivisch unterrepräsentierte Gruppen im Bündnis stärker berücksichtigt werden, insbesondere Personen, die von Antisemitismus, Rassismus, Antiziganismus oder LSBT*IQ-Feindlichkeit betroffen sind.

Die erneute Teilnahme am Bundesprogramm ermöglicht die Verstetigung bestehender Netzwerke, die gezielte Förderung zivilgesellschaftlicher Initiativen sowie die strukturelle Weiterentwicklung der Demokratieförderung in Darmstadt. Angesichts zunehmender gesellschaftlicher Polarisierung stellt die Beteiligung an „Demokratie leben! – Partnerschaft für Demokratie“ ein zentrales Instrument kommunaler Präventions- und Teilhabestrategie dar.

Darmstadt, 25.02.2026

Dezernat I

Hanno Benz
Oberbürgermeister